

**Antrag 114/I/2025**

SPD Frauen LFK

Der Landesparteitag möge beschließen:

**Feministische Stadtplanung: Die Stadt mit anderen Augen sehen - Für eine gerechte Stadt mit Platz für alle**

1 Wir fordern eine Stadtplanung, die Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Eine integrierte Planung muss die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen – jung, alt, mobil und mobilitätseingeschränkter – berücksichtigen.

6

7 Stadt- und Verkehrsplanung nehmen großen Einfluss auf die Arten der Nutzbarkeit und Gestaltung unserer Städte. Gleichzeitig sind diese Berufsfelder bis heute stark männlich dominiert. Dieser Bias kann - wenn er unreflektiert bleibt und nicht mit entsprechenden Instrumenten aktiv adressiert wird - die Nutzbarkeit der Stadt für viele Bevölkerungsgruppen erschweren und unsicher machen. Um in Verkehrs- und Stadtplanungen für morgen nicht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen wo möglich ohne Machbarkeitsstudien:

18 1. Investitionen in den ÖPNV, nachhaltige Mobilitätskonzepte und eine effektive Parkraumbewirtschaftung auch außerhalb des S-Bahnringes, um den dominanten Individualverkehr zu reduzieren.

22 2. bei allen Stadtentwicklungsprojekten ist Gender-Mainstreaming verpflichtend zu integrieren. Das heißt konkret: Regelmäßige Bürgerbeteiligungen in Form von Workshops, in denen Frauen, Alleinerziehende, Migrant\*innen und sozial benachteiligte Gruppen aktiv mitwirken, werden eingeführt. Mindestens 20 % der Investitionsmittel sollen für integrative, gendergerechte Maßnahmen reserviert und deren Erfolg durch unabhängige Evaluationen überprüft werden.

32 3. bei der Um- und Neugestaltung von öffentlichen Plätzen sollen vor Umsetzung der Planung Fokusgruppen genutzt werden, um die berechtigten Interessen von Frauen zu berücksichtigen

36 4. Es darf keine Angsträume mehr geben.

38 5. Das Berliner Lichtkonzept ist Teil einer sicheren Stadt. Vor allem die Beleuchtung von Haltestellen ist sicherzustellen.

40 6. In Nachtbussen und -bahnen werden Sicherheitsinformationen über Fahrgast-Informationssysteme eingespielt.

43

44 Es wird geprüft, wie das Konzept des Heimwegtelefons über das Berliner Bürgertelefon an den Wochenendabenden nutzbar gemacht werden kann.

47

48 **Begründung**

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Wir fordern eine Stadtplanung, die Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Eine integrierte Planung muss die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen – jung, alt, mobil und mobilitätseingeschränkter – berücksichtigen.

Stadt- und Verkehrsplanung nehmen großen Einfluss auf die Arten der Nutzbarkeit und Gestaltung unserer Städte. Gleichzeitig sind diese Berufsfelder bis heute stark männlich dominiert. Dieser Bias kann - wenn er unreflektiert bleibt und nicht mit entsprechenden Instrumenten aktiv adressiert wird - die Nutzbarkeit der Stadt für viele Bevölkerungsgruppen erschweren und unsicher machen. Um in Verkehrs- und Stadtplanungen für morgen nicht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen wo möglich ohne Machbarkeitsstudien:

1. Investitionen in den ÖPNV, nachhaltige Mobilitätskonzepte und eine effektive Parkraumbewirtschaftung auch außerhalb des S-Bahnringes, um den dominanten Individualverkehr zu reduzieren.
2. In Nachtbussen und -bahnen werden Sicherheitsinformationen über Fahrgast-Informationssysteme eingespielt.

Es wird geprüft, wie das Konzept des Heimwegtelefons über das Berliner Bürgertelefon an den Wochenendabenden nutzbar gemacht werden kann.

Zeilen 22-39 erledigt durch den Leitantrag.

49 Feministische Stadtplanung  
50 Feministische Stadtplanung ist ein partizipativer und in-  
51 klusiver Ansatz, der darauf abzielt, Geschlechtergerech-  
52 tigkeit und soziale Integration systematisch zu fördern.  
53 Dabei werden insbesondere die Bedürfnisse von Frauen,  
54 nicht-binären und marginalisierten Gruppen berücksich-  
55 tigt, um strukturelle Benachteiligungen abzubauen und  
56 lebenswerte, nachhaltige sowie gerechte urbane Räume  
57 zu schaffen.

58

#### 59 Nachhaltigkeit

60 Der Ausbau ressourcenschonender Bauweisen, erneuer-  
61 barer Energien und umweltfreundlicher Mobilitätskon-  
62 zepte – etwa durch verstärkten ÖPNV, Fahrrad- und Fuß-  
63 wege – senkt den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und verbessert die Luft-  
64 qualität. Dabei ist es ebenso entscheidend, bestehende  
65 Paradigmen in Frage zu stellen und ein grundlegendes  
66 Umdenken in der Stadtplanung zu fördern. Dieser Para-  
67 digmenwechsel ist unerlässlich, um innovative, nachhalti-  
68 ge Lösungen zu implementieren, die langfristig die urbane  
69 Lebensqualität steigern.

70

#### 71 Umweltgerechtigkeit

72 Umweltgerechtigkeit sichert den gleichberechtigten Zu-  
73 gang zu Grünflächen, Erholungsräumen und sauberer  
74 Umwelt in allen Stadtteilen – unabhängig von sozioöko-  
75 nomischen Unterschieden. So werden negative Umwelt-  
76 einflüsse gleichmäßiger verteilt und benachteiligte Grup-  
77 pen geschützt.

#### 78 Soziale Stadt und Chancengleichheit

79 Durch partizipative Planungsprozesse werden alle Alters-  
80 und Mobilitätsgruppen einbezogen. Barrierefreie Infra-  
81 strukturen und bedarfsorientierte Angebote ermöglichen  
82 jungen, alten, mobilen und immobilen Menschen gleicher-  
83 maßen Zugang zu Bildungs-, Arbeits- und Freizeitmöglich-  
84 keiten, wodurch der soziale Zusammenhalt gestärkt wird.

85

#### 86 Finanzierbarkeit und ökonomische Effizienz

87 Innovative Finanzierungsmodelle und eine effiziente Res-  
88 sourcennutzung machen den Ausbau nachhaltiger Pro-  
89 jekte auch bei knappen Haushaltsmitteln möglich. Inves-  
90 titionen in den ÖPNV und optimierte Parkraumbewirt-  
91 schaftung senken langfristig Kosten, indem sie teure Um-  
92 weltschäden vermeiden.

93

#### 94 Individuelles Wohl versus Gemeinwohl

95 Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen individuellen Frei-  
96 räumen und kollektiven Infrastrukturen ist essenziell.  
97 Während das persönliche Wohl erhalten bleibt, fördert der  
98 gezielte Ausbau gemeinschaftlicher Angebote den sozia-  
99 len Zusammenhalt und die öffentliche Sicherheit – eine  
100 Balance, die für eine lebendige Großstadt unverzichtbar  
101 ist.